

# HALBLEGISLATUR

Bilanz der Grünen Fraktion, Oktober 2025

## 1 RÜCKBLICK

### 1.1 DIE FOLGEN DES RECHTSRUTSCHES

Bei den Wahlen 2023 haben die GRÜNEN ihr zweitbestes Resultat erzielt. Insgesamt resultierten die Wahlen jedoch in einem klaren Rechtsrutsch: SVP +8 Sitze, MCG +3 Sitze, EDU + 1 Sitz, Mitte-Partei +3 Sitze. Dieser Rechtsrutsch schlägt sich in der Bundespolitik voll nieder. Er hat das Machtkartell der Bundesratsparteien nochmals deutlich gestärkt und die Kompromissbereitschaft sinken lassen.

#### LEGISLATUR DES RÜCKSCHRITTS

**Auf die Legislatur des Aufbruchs folgt die Legislatur des Stillstands und des Rückschritts. Die konservative und rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament und im Bundesrat versucht seit den Wahlen beim Klima- und Umweltschutz wie auch in der Gleichstellungspolitik das Rad der Zeit zurückzudrehen.** Wichtige Errungenschaften der vergangenen Jahre sollen so – entgegen anders lautenden Bevölkerungsaufträgen – wieder zunichtegemacht werden.

Die SVP und zunehmend auch die FDP und sogar die Mitte-Partei haben sich seit den Wahlen zudem sowohl inhaltlich wie auch kommunikativ weiter radikalisiert. Unsere Institutionen und unsere Demokratie drohen Schaden zu nehmen: Selbst das Völkerrecht und die Menschenrechte werden immer wieder in Frage gestellt.

**Der Bundesrat agiert in einer Zeit geopolitischer Umbrüche und Verwerfungen derweil völlig orientierungslos – und zynisch:** Auf die Wahl Donald Trumps reagiert er mit gefährlicher Anbiederung. Auf die israelischen Kriegsverbrechen in Gaza mit ohrenbetäubendem Schweigen

sowie einem Festhalten an der militärischen Zusammenarbeit. Und auf den Hegemonialanspruch Chinas mit einem Angebot für ein neues Freihandelsabkommen.

Gleichzeitig werden Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen und Bergstürze auch in der Schweiz immer häufiger und heftiger und bedrohen unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlagen. Doch statt Verantwortung in der Klimakrise zu übernehmen, wird diese vom Bundesrat ignoriert und der bestehende Klimaschutz abgebaut. Damit werden auch Volksentscheide wie diejenigen zum **Klimaschutzgesetz**, zum **Stromgesetz** sowie dem **Autobahn-Referendum** ignoriert.

## OPPOSITION WIRKT

**In dieser Konstellation sind im Parlament progressive Fortschritte nur noch punktuell möglich** – etwa beim Neuanlauf für die **staatliche E-ID**, bei der **Stärkung der Kreislaufwirtschaft**, der Einführung einer **Individualbesteuerung**, dem **Verbot elektronischer Wegwerfzigaretten**, der Aufnahme von **Stalking als Straftatbestand**, dem **Importverbot für Pelze und Pelzprodukte** aus tierquälerischer Produktion sowie dem **Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus**. All diese Projekte wurden massgeblich durch die GRÜNEN geprägt oder vorangetrieben. Die Grüne Fraktion ist auch weiterhin bereit, diesen Spielraum, dort wo er sich ergibt, zu nutzen.

Doch angesichts des Rechtsrutsches bei den Wahlen 2023 gilt es für die GRÜNEN in dieser Legislatur insbesondere diverse einschneidende umwelt- und gesellschaftspolitische Rückschritte zu verhindern.

**Die bisherigen Grünen Erfolge an der Urne und im Parlament zeigen dabei: Opposition wirkt.** Dank konsequenten Referendumsdrohungen konnten wir bereits im Parlament die **Tonnagesteuer** versenken und eine Aushöhlung des **Umweltschutzgesetzes** zumindest abschwächen. Ohne den Widerstand der GRÜNEN wäre das **Verbandsbeschwerderecht** für die grossen Wasserkraftprojekte wohl ganz ausgehebelt und der Naturschutz weiter geschwächt worden. Mit der Stimmbevölkerung im Rücken konnten wir zudem sowohl einen massiven und klimaschädlichen **Autobahnausbau**, eine weitere **Senkung der Frauenrenten** (BVG-Reform) sowie die **Angriffe auf das Mietrecht** verhindern.

**Die GRÜNEN haben in dieser Legislatur 10 von 15 Volksabstimmungen sowie jeden Referendumskampf gewonnen** – ein eindeutiges Zeichen, wie krass die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament und im Bundesrat an der Bevölkerung vorbeipolitisiert.

## ERFOLGREICHE REFERENDUMSLEGISLATUR

Doch weder der Bundesrat noch die rechtsbürgerlichen Parteien scheinen aus den Abstimmungsniederlagen gelernt zu haben: Statt die Schweiz in die Klimaneutralität zu führen, will Bundesrat Rösti die Energiewende und die Erneuerbaren Energien mit dem Hirngespinnst eines **AKW-Revivals** sabotieren und die Gemeinden bei **Tempo 30** übersteuern.

Statt entschieden für enge Beziehungen zu unserer engsten Verbündeten, der **EU**, zu kämpfen, setzen die bürgerlichen Parteien lieber auf ein zerstörerisches **Mercosur-Freihandelsabkommen** auf Kosten des Klimas und unserer Landwirtschaft. Und statt endlich das konzeptlose und nicht mehrheitsfähige **Wettrüsten der Armee** zu stoppen oder zumindest die rigide **Schuldenbremse** zu hinterfragen, setzt der Bundesrat mit seinem zukunftsfeindlichen **Sparpaket** zum Kahlschlag beim Klimaschutz, beim öffentlichen Verkehr und den Bildungsausgaben an.

All das zeigt: **Wir befinden uns mitten in einer Referendumslegislatur. Die GRÜNEN sind bereit, die gravierendsten Rückschritte an der Urne zu versenken. Und wir haben in dieser Legislatur gezeigt, dass wir dazu in der Lage sind und dass wir in der Klima- und der Gleichstellungspolitik eine Vetoposition einnehmen können.**

## 1.2 RÜCKSCHRITTE IM KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Die Klima- und die Biodiversitätskrise spitzt sich weiter zu, wie etwa die Waldbrände in Südeuropa, die jährlichen Rekordschmelzen der Alpengletscher oder die Rekordtemperatur des Mittelmeers zeigen. **Sie sind zunehmend auch in der Schweiz spürbar und gefährden unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlagen.**

Im Sommer 2024 führten schwere Unwetter im Wallis, in Graubünden und im Tessin zu massiven Schäden und auch zu Todesfällen, ebenso der tragische Bergsturz in Blatten im Jahr 2025. Auch tödliche Hitzewellen, wie etwa diejenige im aktuellen Jahr, häufen sich mit der zunehmenden Klimaerhitzung. Pestizide und PFAS verschmutzen derweil unsere Böden, unsere Gewässer und unsere Gesundheit.

Der Wille der Stimmbevölkerung ist eigentlich sonnenklar: Sie will das Pariser Klimaschutzabkommen mit einem Netto-Null-Ziel umsetzen (Annahme des **Klimaschutzgesetzes**), die Energiewende vorantreiben (Annahme des **Stromgesetzes**) sowie die Mobilität klima- und menschenfreundlich gestalten (Ablehnung des **Autobahnausbaus**). **Doch der Bundesrat unter Führung des Umweltministers Röstli scheint von diesen Aufträgen wenig zu halten.**

### ENERGIEWENDE WIRD SABOTIERT

Statt die Energiewende umzusetzen und beispielsweise den Solarausbau zu fördern, will der Bundesrat die Energiewende und die Erneuerbaren Energien mit dem Hirngespinnst eines **AKW-Revivals** oder einer unnötigen **Abschaffung der Mindestvergütung** sabotieren. Statt die verbindlichen Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens oder des Urteils des EGMR für einen konsequenten Klimaschutz umzusetzen, gleist der Bundesrat eine völlig ungenügende **Klimapolitik für die Jahre 2031 bis 2040** auf, setzt auf Ablasshandel und will die Gelder für die energetischen Sanierungen (**Gebäudeprogramm**) zusammenstreichen.

Und statt das Verdikt der Stimmbevölkerung gegen neue Megastrassen ernst zu nehmen, setzt sich der Bundesrat aktiv für die Streichung von Geldern für **internationale Bahnverbindungen und Nachtzüge** ein und bläst zum undemokratischen Angriff auf **Tempo 30**.

Auch beim Schutz der Biodiversität und unserer Gewässer können wir eine systematische Schwächung beobachten – etwa durch die Streichung der Vorschrift von **3.5 Prozent Biodiversitätsförderflächen** ([Motion Grin](#)), der drohenden automatischen Zulassung von **Problem-Pestiziden** aus der EU ([Pa. Iv. Bregy](#)) sowie der Weigerung, gesundheitsschädliche **PFAS** zu verbieten. Ebenfalls in dieses Bild passt die vom Bundesrat gestrichene Studie zur Überwachung der durch Ewigkeitschemikalien hervorgerufenen Gesundheitsschäden.

### 1.3 RÜCKSCHRITTE IN DER GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

**Die bürgerlichen Parteien befeuern in dieser Legislatur nicht nur einen grotesken Sprachenstreit, sondern sie führen auch in der Gleichstellungspolitik einen immer absurderen und gefährlicheren Kulturkampf – auf Kosten von Frauen und Minderheiten.** Beispielhaft dafür stehen die **Angriffe auf den Mutterschaftsschutz**, die drohende **Abschaffung der Witwenrenten** sowie die **Aushebelung kantonaler Mindestlöhne**, die gerade Frauen finanziell hart treffen würde.

Trotz anhaltender Lohnungleichheit weigert sich der Bundesrat zudem, bei der **Verschärfung des Gleichstellungsgesetzes** vorwärtszumachen. Und bei der **Kita-Finanzierung** will die bürgerliche Mehrheit so wenig Geld wie möglich ausgeben – obwohl dieses für Kinder, Familien und auch für die Wirtschaft dringend notwendig wäre.

**Begonnen hat dieser gleichstellungspolitische Backlash bereits in der vergangenen Legislatur.** So etwa mit der von der SVP versuchten – und direkt aus den USA importierten – Einschränkung des **Schwangerschaftsabbruchs**, ihren Angriffen auf Trans- und nonbinäre Personen sowie mit der Erhöhung des **Frauenrentenalters**, gegen welche sich die GRÜNEN bis vor Bundesgericht gewehrt haben.

#### FAMILIENZEIT UND PFLEGEINITIATIVE

**Die Schweiz braucht mehr und sicher nicht weniger Gleichstellungspolitik:** In der Familienpolitik gehört die Schweiz noch immer zu den Schlusslichtern in Europa. Und Frauen verdienen noch immer weniger als Männer – und erhalten sogar einen Drittel tiefere Renten. Die GRÜNEN haben sich in dieser Legislatur zusammen mit deutlichen Mehrheiten in der Bevölkerung erfolgreich gegen eine Senkung der Frauenrenten (**BVG-Reform**), gegen eine Erhöhung des Rentenalters (**Renteninitiative**) sowie für einen Ausbau der gerade für Frauen absolut zentralen AHV (**AHVx13**) eingesetzt.

**Die Grüne Fraktion wird sich auch im weiteren Verlauf der Legislatur für eine sozial gerechte Finanzierung der dreizehnten AHV-Rente, die Einführung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften** in der zweiten Säule sowie eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen. Zentrale Projekte hierbei sind unsere **Initiative für eine paritätische Familienzeit** sowie die rasche Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Teilzeitberufen (wie etwa bei der

vom Bundesrat verschleppten und ungenügend ausgestalteten **Umsetzung der Pflegeinitiative**).

Daneben setzen sich die GRÜNEN mit mehreren parlamentarischen Vorstössen für die **Bekämpfung der Lohnungleichheit** durch bessere Lohnkontrollen und Sanktionen sowie für die **Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Feminiziden** ein.

## 2 AUSBLICK

### 2.1 REFERENDUMSLEGISLATUR

**Auch die zweite Legislaturhälfte wird durch das Verhindern von Rückschritten in der Klima- und Umweltpolitik sowie in der Gleichstellungspolitik geprägt sein.** Bereits in der Wintersession geht es im Ständerat darum, das unnötige und zukunftsfeindliche **Sparpaket** des Bundesrates zu versenken. Dieses führt zu einem Kahlschlag im Klima- und Umweltschutz (beispielsweise beim Gebäudeprogramm) und bei der Chancengerechtigkeit (Verdoppelung der Studiengebühren) sowie zu Rückschritten in der Mobilitätspolitik (Verteuerung des öffentlichen Verkehrs).

**Die GRÜNEN haben bereits eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht, welche das Sparpaket obsolet machen würden** – etwa eine **Lockerung der rigiden Schuldenbremse**, das Generieren von neuen Einnahmen z.B. durch eine **erhöhte Mehrwertsteuer für klimaschädliche Luxusgüter** oder von **Kerosin** sowie einen Zahlungsstopp bei der Beschaffung der **F-35-Kampffjets**. **Sollte das Parlament in der Winter- und Frühjahrsession am zukunftsfeindlichen Sparpaket in dieser Form festhalten, ergreifen die GRÜNEN das Referendum.**

**Auch gegen die Pläne von Bundesrat Röstli, neue AKW in der Schweiz zuzulassen, sind die GRÜNEN mit einem Referendum bereit.** Eine Rückkehr ins Atomzeitalter – und damit die Sabotage der Energiewende, das Verschleudern von Milliarden von Steuergeldern sowie die Gefahr von nuklearen Unfällen – werden die GRÜNEN unter keinen Umständen akzeptieren und sie entweder im Parlament oder spätestens an der Urne verhindern.

### KEIN FREIHANDEL OHNE UMWELTSCHUTZ UND MENSCHENRECHTE

**Das gilt selbstverständlich auch für das absurde Vorhaben des Bundesrates, ein neues Freihandelsabkommen mit China abzuschliessen.** Ein Land, welches die Menschenrechte mit Füßen tritt und auch die innere Sicherheit der Schweiz bedroht, wie sogar der Nachrichtendienst des Bundes in seinem Sicherheitsbericht schreibt. Immerhin ist es der Grünen Fraktion bereits gelungen, den Bundesrat gegen seinen Willen dazu zu bewegen, den Schutz verfolgter Gemeinschaften vor ausländischen und chinesischen Beeinflussungsaktivitäten zu stärken ([Motion 25.3419](#)).

**Auch beim zerstörerischen Mercosur Freihandelsabkommen braucht es einen Marschhalt.** Dieses befeuert die Klimaerhitzung und die Abholung des Amazonas-Regenwaldes noch weiter und stellt eine Bedrohung für unsere Schweizer Landwirtschaft und insbesondere unsere

Weinbauer\*innen und Landwirt\*innen dar. Ein solch klimaschädliches Abkommen ist keine geeignete Antwort auf den Bruch der Handelsbeziehungen mit den USA.

**Vielmehr müssen nachhaltige Handelsabkommen abgeschlossen werden** (wie z.B. das **Abkommen über Klimawandel, Handel und Nachhaltigkeit**, für deren Annahme sich die Grüne Fraktion stark engagiert hat). Und natürlich muss prioritär die wirtschaftlichen Beziehungen zu unserer engsten Handelspartnerin, der EU, gestärkt werden. Die Grüne Fraktion hat eben erst ihre Unterstützung für das **Stromabkommen** beschlossen und wird sich dafür einsetzen, dass die **Bilateralen 3** möglichst rasch – **noch vor den Wahlen** – der Stimmbevölkerung vorgelegt werden. Genauso wie die ausländerfeindliche **10-Millionen-Initiative** der SVP.

Schliesslich steht auch gegen die drohende **Aushöhlung des Kriegsmaterialgesetzes** ein Referendum im Raum, dasjenige gen die **Schwächung des Zivildienstes** wurde bereits ergriffen.

## 2.2 GRÜNER GESTALTUNGSWILLE

**Die Schweiz braucht nicht Stillstand, sondern dringend Fortschritt. Und der Gestaltungswille von uns GRÜNEN geht über das Verhindern von Rückschritten hinaus.** Mit unseren Volksinitiativen schlagen wir in der Klima- und Gleichstellungspolitik darum Lösungen für diejenigen Probleme vor, denen sich der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien im Parlament systematisch verweigern.

### MIT INITIATIVEN ZUM FORTSCHRITT

2023 hat sich die Stimmbevölkerung deutlich zum Netto-Null-Ziel bis 2050 bekannt und sich ein Jahr später mit dem Stromgesetz für die Energiewende und mehr Klimaschutz ausgesprochen.

**Um die nötigen Investitionen für dieses Generationenprojekt bereit zu stellen, haben die GRÜNEN zusammen mit der SP die Klimafonds-Initiative lanciert.** Nach der Diskussionsverweigerung durch das Parlament wird die Stimmbevölkerung bereits im kommenden Jahr die Gelegenheit haben, die klimapolitische Irrfahrt des Parlaments zu korrigieren.

Die **Solar-Initiative**, welche die GRÜNEN noch in diesem Jahr einreichen werden, wird die Energiewende ebenfalls massiv beschleunigen. **Sie stellt eine entscheidende Weichenstellung hin zur Erreichung der Schweizer Klimaziele dar.**

Mit der **Finanzplatz-Initiative** schliesslich sorgen wir dafür, dass der Schweizer Finanzplatz, welcher für das 18-fache der gesamten inländischen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist, endlich adäquat in die klimapolitische Pflicht genommen wird. Das ist auch insofern dringend notwendig, als **dass die Illusion des Bundesrates einer wirksamen Selbstregulierung der Branche krachend gescheitert ist** – wie das etwa der jüngst publik gewordene Austritt der UBS aus der Net-Zero Banking Alliance belegt.

Auch in der Familien- und Gleichstellungspolitik geben wir uns mit Stillstand nicht zufrieden. **Die überdeutliche Annahme des zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs hat bereits gezeigt,**

**dass die Schweizer Stimmbevölkerung die Rote Laterne in der Familienpolitik abgeben will.** Deshalb haben wir die **Volksinitiative für eine paritätische Familienzeit** von je 18 Wochen lanciert, welche im nächsten Jahr eingereicht wird. Die Initiative stellt sicher, dass Eltern endlich die nötige Zeit erhalten, um die Familie rund um ein Neugeborenes aufzubauen und mit weniger Stress zu organisieren. Die gleich lange Verteilung der Elternzeit – je 18 Wochen – wird zudem dazu beitragen, dass sich veraltete Stereotypen wandeln. Das ist auch dringend nötig, denn noch immer tragen Frauen die Hauptlast der grösstenteils un- oder unterbezahlten Care-Arbeit. Die Familienzeit-Initiative wird es dabei Müttern erlauben, nach der Geburt vermehrt und in höheren Pensen in das Berufsleben zurückzukehren. **Das stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, verbessert die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und wird die Lohnungleichheit vermindern.

## FORTSCHRITTE IM PARLAMENT

**Und auch im Parlament werden wir den Spielraum, dort wo er sich noch ergibt, nutzen.** Mit der **Legalisierung von Cannabis** wollen wir noch in dieser Legislatur eine langjährige Forderung der GRÜNEN umsetzen, schliesslich wurde der erste parlamentarische Vorstoss überhaupt für eine vollständige Cannabis-Legalisierung vor mehr als dreissig Jahren von der Grünen Fraktion eingereicht. Gestaltungsmöglichkeiten – und Nachholbedarf der Schweiz – sehen wir auch in der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Mit der Ausweitung der **politischen Rechte für Menschen mit Behinderungen**, der Reform des **Behindertengleichstellungsgesetzes** und der **Inklusionsinitiative** sowie der **Anerkennung der Gebärdensprache** stehen hier wichtige Weichenstellungen an.

Daneben wird sich die Grüne Fraktion im Bundeshaus **weiterhin für Fortschritte im Klima- und Umweltschutz einsetzen**: Wir werden für den **Erhalt der Minimalvergütung** für Solarstrom kämpfen, für Anreize zum **Energiesparen** und die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs sowie dafür, dass **die Schweiz und unsere Städte besser an die zunehmende Klimaerhitzung angepasst werden**. Die Stossrichtungen dafür – Städte und Agglomerationen kühlen, Gesundheit und Gewässer schützen, das Arbeits- und Mietrecht anpassen – haben wir GRÜNE bereits in unserem **Hitzeplan** skizziert.

Klar ist ausserdem: Der Druck der Grünen Fraktion, **PFAS langfristig zu verbieten und eine Finanzierung der Schäden nach dem Verursacherprinzip sicherzustellen**, wird bleiben. Genauso wie unser Einsatz dafür, die gesundheitlichen Folgen von Ewigkeitschemikalien weiterhin mit einem Monitoring zu beobachten.

## EINSATZ FÜR DEMOKRATIE UND VÖLKERRECHT

**Einen Schwerpunkt unserer parlamentarischen Arbeit setzen wir in den nächsten zwei Jahren bei der Stärkung der Demokratie und dem Schutz der Institutionen.** Angesichts der Anbieterung des Bundesrates vor Donald Trump haben wir beispielsweise einen eigenen Gesetzesvorschlag für eine **Plattformregulierung** geschrieben und in den parlamentarischen Prozess eingebracht ([Pa. Iv. Mahaim](#)). Unser Ziel: den Schutz vor digitaler Hassrede wie auch vor Desinformation stärken.

Auf Grundlage der von den GRÜNEN massgeblich geprägten E-ID wollen wir nun **E-Collecting** weiter vorantreiben und so die grassierenden Unterschriftenfälschungen wirksam bekämpfen. Um die (Repräsentations-)Defizite unserer direkten Demokratie zu beheben, wollen wir ausserdem der Forderung nach einem Einbürgerungsanspruch (**Demokratie-Initiative**) zum Durchbruch verhelfen, den Bundesrat auf 9 Mitglieder erweitern und sicherstellen, dass Urteile Internationaler Gerichtshöfe wie etwa dem EGMR in der Schweiz umgesetzt werden. **Dem Wettrüsten der bürgerlichen Parteien schliesslich wollen wir mehr Engagement der Schweiz in der Internationalen Zusammenarbeit und in der Friedensförderung entgegensetzen.**

**Angesichts der geopolitischen Verwerfungen setzen wir uns schliesslich weiterhin dafür ein, die gefährliche Abhängigkeit der Schweiz von autokratisch und diktatorisch regierten Staaten zu reduzieren**, etwa durch einen **Abbruch der F-35-Beschaffung**, einen Ausstieg von russischem Kernbrennstoff oder dem Aufbau einer europäischen Solarindustrie (Beteiligung der Schweiz am **Europäischen Green Deal**). Des Weiteren wollen wir eine von den amerikanischen Tech-Konzernen unabhängige digitale Infrastruktur schaffen und eine **Digitalsteuer** für solche Tech-Konzerne einführen.

Wichtige Weichenstellungen werden in dieser Legislatur aber auch in der Klimapolitik (**Klimapolitik nach 2030**), in der Verkehrspolitik (**Verkehr '45**) sowie in der Land- und Ernährungswirtschaft (**Agrarpolitik 2030+**) oder in der Alterspolitik (**AHV2030**) aufgegleist. **Da deren Umsetzung und Verabschiedung in die nächste Legislatur fällt, kommt den Wahlen 2027 entscheidende Bedeutung zu.**

### 3 DIE GRÜNEN SIND BEREIT

Um echten Wandel und Fortschritt in einer ungewissen Weltlage zu gestalten, **braucht es spätestens bei den Wahlen 2027 einen politischen Richtungswechsel** – im Parlament und im Bundesrat.

**Die GRÜNEN sind bestens dafür aufgestellt:** Fast 15'000 Mitglieder – so viele wie noch nie – unterstützen mittlerweile unseren Einsatz für eine ökologische, soziale und lebenswerte Zukunft. Und auch Mitglieder der Grünen Fraktion sind bereit Verantwortung zu übernehmen: In der ersten Legislaturhälfte haben das etwa die **Bundesratskandidatur von Gerhard Andrey**, die Aufarbeitung der CS-Krise unter der **PUK-Vizepräsidentin Franziska Ryser** oder die **Wahl von Céline Vara** in die Neuenburger Regierung gezeigt. Und mit **Nicolas Walder** (Genf), **Balthasar Glättli** (Zürich) und **Aline Trede** (Bern) setzen drei weitere Fraktionsmitglieder zum Sprung in eine städtische oder kantonale Exekutive an.

Mit der Wahl von Lisa Mazzone als Parteipräsidentin sowie von Raphaël Mahaim und Franziska Ryser ins Vizepräsidium der Fraktion ist der Generationenwechsel schliesslich sowohl in der Partei wie auch in der Fraktion geglückt. **Die GRÜNEN sind bereit für die zweite Hälfte dieser Legislatur.**